

7. Tagung der Nachwuchsgruppe Umweltsoziologie (NGU): „Entscheidungen mit Umweltfolgen zwischen Freiheit und Zwang“

Kurzfassungen der Referentinnen und Referenten

Block 1: Entscheidungen mit Risiken und Nebenwirkungen

1.1 Abenteuer Altlast – Umgang mit Nichtwissen in Entscheidungsprozessen

Alena Bleicher (UFZ Leipzig)

Von Flutkatastrophen über Verdrängungsprozesse bei Fauna und Flora durch invasive Arten und unbekanntem Auswirkungen des Anbaus genveränderter Pflanzen bis hin zu Veränderungen von Ökosystemen durch Bergbau und Rohstoffgewinnung – Mensch-Umweltbeziehungen sind komplex. Entscheidungsunsicherheiten und Vulnerabilitäten die in diesen Situationen entstehen, werden in aller Regel mit Hilfe des Risikobegriffs beschrieben und analysiert. Die Grenzen der Erklärungskraft des Begriffes wurden in jüngster Zeit nicht nur in der Wissens- und Umweltsoziologie diskutiert. Statt den Fokus ausschließlich auf das Gefahrenmoment von Mensch-Umweltbeziehungen zu legen, so das Argument, verweisen die genannten Ereignisse vielmehr auf die Grenzen der Erklärungskraft wissenschaftlicher Modelle und die Unvollständigkeit wissenschaftlichen Wissens in Momenten der Entscheidungsfindung. Entscheidungen müssen also trotz Nichtwissen getroffen werden. Folgt man dieser Perspektive, ergibt sich die Frage, wie dann Entscheidungen überhaupt getroffen werden können.

Ein umweltpolitisches Thema, in dem die Entscheidungsfindung trotz Nichtwissen Normalität zu sein scheint, ist die Sanierung kontaminierter Flächen. Weltweit stellen komplexe Schadstoffgemische aus vorangegangener industrieller oder militärischer Nutzung Umwelt- und Gesundheitsrisiken dar und müssen saniert werden. Obwohl jeder Sanierungsmaßnahme detaillierte Erkundungsmaßnahmen voraus gehen, sind Überraschungen aufgrund unbekannter Altlasten im Verlauf von Projekten normal. Diese Ereignisse werden von den Beteiligten aber nicht als Fehlschläge oder das Entscheiden als unverantwortlich kommuniziert; stattdessen ist zu beobachten, dass Akteure sich gerade auf den Umgang mit dem unvermeidlichen Nichtwissen einstellen.

In meinem Vortrag möchte ich anhand eines Altlastensanierungsprojektes zeigen, wie Akteure ihr Nichtwissen reflektieren und damit aktiv in Entscheidungsprozesse einbeziehen können. Ich werde diskutieren in welchen Momenten es als legitim angesehen wird trotz unvollständigen Wissens zu entscheiden und welche Strategien entwickelt werden, um mit erwartbaren Überraschungen umzugehen. Die Anerkennung des Nichtwissens in Entscheidungsprozessen und damit eine offenere Einstellung gegenüber erwartbaren Überraschungen scheint eine Voraussetzung dafür zu sein, Handlungsräume in Situationen unvollständigen Wissens zu schaffen und schließlich tragfähigere Entscheidungen zu treffen.

1.2 Lokale Konflikte um Agro-Gentechnik als Folge von Entscheidungen zwischen Freiheit und Zwang

Beate Friedrich (Leuphana Universität Lüneburg)

Sind gentechnisch veränderte Pflanzen erst einmal zum kommerziellen Anbau zugelassen, liegen die Entscheidungen zum Anbau bei den einzelnen Landwirt/inn/en. Dabei können sowohl die Freiheit, sich für ‚Innovationen‘ zu entscheiden, als auch ökonomische Zwänge eine Begründung für den Anbau darstellen. Zwänge in Gestalt eingeschränkter Handlungsoptionen können wiederum Resultate dieser Entscheidungen sein: eine Einschränkung der Wahlfreiheit von Konsument/inn/en sowie eine Gefährdung der gentechnikfrei wirtschaftenden Landwirtschaft. Diese Entscheidungen für oder gegen den Anbau von gv-Pflanzen werden individuell getroffen und dennoch geht es dabei um Fragen, die die individuelle Ebene weit übersteigen. Entscheidungen pro oder contra Agro-Gentechnik betreffen sowohl gesamtgesellschaftliche Fragen als auch Natur und sind immer Entscheidungen für bestimmte gesellschaftliche Naturverhältnisse. Vielerorts sind soziale Konflikte die Folge von Entscheidungen für den Anbau von gv-Pflanzen.

Wie können diese (lokalen) Konflikte um Agro-Gentechnik als Konflikte um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse theoretisch konzeptionalisiert und empirisch untersucht werden? Im Vortrag sollen auf einer theoretischen Ebene Verbindungslinien zwischen Konfliktforschung und sozial-ökologischer Forschung als Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen aufgezeigt werden und auf einer empirischen Ebene ein Vorschlag gemacht werden, wie lokale Konflikte um Agro-Gentechnik als Konflikte um die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse untersucht werden können – am Beispiel von Konflikten um den Anbau von MON810 in drei Regionen Deutschlands zwischen 2005 und 2008. Dabei soll insbesondere analysiert werden, welche Rolle Natur- und Politikverständnisse als zentrale Momente der Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse in den lokalen Konflikten um Agro-Gentechnik spielen. Vorläufig wird davon ausgegangen, dass mittels dieser Analyse – über die übliche Frage nach Pro- und Contra-Positionierungen hinaus – zur Erhellung des Konflikts um Agro-Gentechnik beigetragen werden kann und dass dadurch ein Beitrag geleistet werden kann für die Bewahrung von Handlungsfähigkeit in zukünftigen lokalen Konflikten um Agro-Gentechnik im Spannungsfeld von Freiheit und Zwang.

1.3 Der gesellschaftliche Umgang mit radioaktiven Abfällen – ein Ländervergleich Sophie Kuppler (Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse im KIT)

Die Nutzung von Kernenergie brachte als Hauptfolge hochradioaktiven, wärmeentwickelnden Abfall mit sich, der entsorgt werden muss. Auch wenn dies erst im Laufe der Zeit als Problem wahrgenommen wurde, entstanden schon früh institutionelle Arrangements, deren Aufgabe die Lösung des Abfallproblems war. Bisher scheiterten deren Versuche, einen Endlagerstandort zu bestimmen, in vielen Ländern aber am Widerstand der Bevölkerung.

Dieser Widerstand kann als Protest gegen „decide-announce-defend“ Entscheidungen verstanden werden, in denen die Bevölkerung auf intransparentes Expertenwissen vertrauen muss, dessen Folgen Einfluss auf die Lebenswelt (Habermas) haben kann. Gesellschaftlich relevante Fragestellungen wie normative Vorgaben des bestmöglichen Schutzes von Mensch und Umwelt, die Verantwortungsübernahme durch diese Generation und die langen Zeiträume, die den Sicherheitsanalysen zugrunde liegen, sind aber zentral für die Entscheidung des bestmöglichen Umgangs mit dem Abfall.

Die bestehenden institutionellen Arrangements waren für den Umgang mit diesen gesellschaftlichen Aspekten nicht gerüstet, da ihre ursprüngliche Aufgabe die Klärung der technisch-naturwissenschaftlichen Frage der Endlagersicherheit war. Die Komplexität des jeweiligen politischen Systems zur Entscheidungsfindung, in dem Zuständigkeiten für verschiedene Komponenten auf eine Vielzahl von Behörden auf Länder- und Bundesebene verteilt sind, erschwert ebenfalls eine hochwertige Entscheidungsfindung.

In vielen europäischen Ländern wird zunehmend versucht, die Entscheidungsfindung durch deliberative Verfahren voranzutreiben. Welche Effekte dies auf bestehende institutionelle Arrangements und die politische Entscheidungsfindung hat, ist unklar.

Ziel dieses Vortrags ist, das Forschungsdesign für eine Analyse der Effekte deliberativer Verfahren darzustellen. Es sollen das Forschungsproblem, die daraus abgeleitete Fragestellung und Konzeptualisierungsansätze vorgestellt werden. Fokus liegt dabei auf Zwängen, die sich hauptsächlich aus der Komplexität des Problems und den damit verbundenen Unsicherheiten ergeben. Als Fallstudien dienen Deutschland und die Schweiz. Die gesellschaftliche Einbettung der Endlagerfrage in beiden Ländern wird dargestellt, indem die politische Entscheidungsvorbereitung und -findung im Hinblick auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Umgang mit komplexen, potentiell Umwelt und Gesellschaft gefährdenden Technikfolgen konzeptualisiert wird.

Block 2: Nachhaltige Praktiken

2.1 Mögliche Wege zur Reduktion des Energieverbrauchs in Regionen mit EE-Selbstversorgungszielen – Rekonstruktionen der Sichtweisen von Schlüssel-akteuren

Järmo Stablo (Universität Freiburg)

Mittlerweile besteht in Deutschland weitgehender Konsens darüber, dass langfristig das fossil-atomare Energiesystem hohen Energieverbrauchs in ein durch Erneuerbare Energien (EE) gespeistes, nachhaltiges Energiesystem deutlich niedrigeren Energieverbrauchs überführt werden muss.

In diesem Zusammenhang wächst die Zahl von Kommunen und Regionen in Deutschland, die sich auf politischem Wege das Ziel setzen, bereits mittelfristig eine Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen. Da die Potenziale zur nachhaltigen Nutzung von Energie aus regenerativen Quellen mit den heutigen technischen Möglichkeiten begrenzt sind, wird in diesen Regionen – und speziell auch in den für die vorliegende Untersuchung ausgewählten beiden Landkreisen und Gemeinden – neben dem Ausbau von Erneuerbaren Energien zunehmend das Erfordernis nach der Senkung des absoluten Energieverbrauchs betont.

Aus der Nachhaltigkeitsforschung lassen sich in diesem Zusammenhang Effizienz- und Suffizienzstrategie als abstrakte Strategien zur Verfolgung des Ziels der Energieeinsparung identifizieren. Während in großen Teilen der Wissenschaft, Medien und Politik die Steigerung der Energieeffizienz als Mittel zur Problemlösung angesehen wird¹, wird die Suffizienzstrategie weitgehend ausgeblendet. Wachstums- und Rebound-Effekte – also die Nutzung von Effizienzgewinnen für zusätzliche (wirtschaftliche) Prozesse und das damit verbundene Aufzehren der potentiellen Energieeinsparungen – sprechen allerdings dafür, dass die Suffizienzstrategie keine fakultative sondern eine notwendige und zur Effizienzstrategie komplementäre Strategie für die Senkung des Energieverbrauchs darstellt.

Vor diesem Hintergrund geht die vorliegende Untersuchung der Frage nach, was regionale Akteure, die aktiv den Prozess der Selbstversorgung vorantreiben wollen oder sollen (Verwaltung), als effektiv, angemessen, möglich und gegenüber Stakeholdern vertretbar hinsichtlich der Reduktion des regionalen Energieverbrauchs ansehen. Dabei steht zum einen im Vordergrund, welche Rolle der Suffizienz in der subjektiven Konstruktion zukommt, zum anderen soll analysiert werden, ob ein Bewusstsein für mögliche Rebound-Effekte und Wechselwirkungen zwischen den vielfältigen den regionalen Energieverbrauch bedingenden Variablen vorhanden ist. Ob regionale Unterschiede der Konstruktionsprozesse auszumachen sind ist ein weiterer Gegenstand der Untersuchung.

Aus dem Verständnis der Konstruktionen heraus, kann deren Validität im Hinblick auf eine erfolgreiche Umsetzung der in den Regionen artikulierten Bestrebungen nach einer effektiven Einsparung von Energie abgeschätzt, potentielle Zielkonflikte abgeleitet und Empfehlungen erarbeitet werden, wie die vorhandenen regionalen Konstruktionspotenziale für die Entwicklung einer konsistenten Energieeinsparstrategie fruchtbar gemacht werden könnten.

Sowohl der Vorgang der Operationalisierung der Forschungsfragen innerhalb des Methodenkatalogs der qualitativen Sozialforschung sowie erste Ergebnisse aus der Analyse der Regionen werden innerhalb des Beitrags zur Diskussion gestellt werden.

¹ In Kombination mit der Konsistenzstrategie in Form von Erneuerbaren Energien wird von einem „New Green Deal“ gesprochen.

2.2 Mobilfunknutzung in Nachhaltigkeitsmilieus zwischen Freiheit und Zwang Till Westermayer (Universität Freiburg)

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich das Mobiltelefon in rasanter Geschwindigkeit vom elitären Statussymbol zum allgegenwärtigen Artefakt gewandelt. Die rechnerische „Durchdringung“ (Mobiltelefone/Kopf) liegt in Deutschland inzwischen über 100%, faktisch verfügen heute vier von fünf Haushalten über mindestens ein Mobiltelefon. Soziale Milieus, zu deren Leitwerten Nachhaltigkeit gehört, sind von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Hinweise aus der Marktforschung sprechen sogar dafür, dass hier – in einem durch höhere Bildung und häufig auch höheres Einkommen gekennzeichnetem Milieu – Mobiltelefone sogar eher häufiger vorkommen und stärker genutzt werden. Dieser Befund irritiert zunächst, insofern er dem gängigen Bild eines technikskeptischen „ökologischen“ Lebensstils widerspricht. Selbst wenn die sozioökologischen Konsequenzen der Herstellung, Nutzung und Entsorgung des Mobiltelefons – inzwischen ja ein Massengut mit einer relativ kurzen Lebensdauer – im öffentlichen und milieuspezifischen Diskurs häufig ausgeblendet bleiben, so wäre doch zu vermuten, dass der Risiko- und Gesundheitsdiskurs („Handystrahlen“) und die Sorge um den Erhalt etablierter Kommunikationsroutinen hier Resonanzfähigkeit entwickeln müssten.

Um diese (scheinbaren) Widersprüche zu klären, greife ich auf qualitative Interviews in Nachhaltigkeitsmilieus zum Umgang mit Mobiltelefonen zurück. Durch diese „mikrosoziologische“ Brille betrachtet, lässt sich darlegen, wie hier individuelle Entscheidungen, kollektive Transformationen milieuspezifischer Leitideen und soziotechnische Abhängigkeiten zusammenwirken, um das Artefakt Mobiltelefon in das Netzwerk alltäglicher Praktiken einzuschleusen und es dort zu etablieren. Die Konzeptualisierung von hybriden Netzwerken aus „human“ und „non-human actors“ als Trägersubstrat sozialer Praktiken erweist sich dabei als hilfreich.

Im Blick auf das Tagungsthema der Entscheidungen mit Umweltfolgen zwischen Freiheit und Zwang kann das Beispiel Mobiltelefon dazu dienen, einen Blick „von unten“ auf die Debatte um unterschiedliche Nachhaltigkeitsstrategien zu werfen, die ja – insbesondere wenn die Relevanz nachhaltiger Lebensstile und die Frage nach Anknüpfungspunkten für einen Lebensstilwandel ins Spiel kommen – letztlich auch immer eine Debatte über die Grenzen und Möglichkeiten individueller Entscheidungen und kollektiver gesellschaftlicher Rahmungen und Setzungen ist.

Block 3: Online-Kommunikation und nachhaltige Entwicklung

3.1 Social Media, Partizipation und Nachhaltige Entwicklung

Daniel Schulz (Leuphana Universität Lüneburg)

Die Bewältigung globaler Umweltprobleme stellt Gesellschaften vor große Herausforderungen, dessen Bearbeitung nicht allein eine Aufgabe staatlicher Regulierung ist, sondern die Teilhabe weiterer Teile der Gesellschaft erfordert. Partizipation wird zudem als ein Grundprinzip nachhaltiger Entwicklung gesehen und findet sich bereits in der Agenda 21 sowie in unterschiedlicher Form auch in nachfolgenden Konzepten wieder. Nachhaltige Entwicklung lässt sich als ein kontinuierlicher Verständigungs- und Aushandlungsprozess verstehen, in dessen Zusammenhang die Herausbildung einer "Partizipations- und Koooperationskultur" von großer Bedeutung ist. In diesem Zusammenhang gewinnen mit der zunehmenden Durchsetzung des Internets auch onlinebasierte Kommunikationsräume an Bedeutung. Der Computer als Universalmaschine und das Internet als offene Infrastruktur für den weltweiten Datenaustausch eröffnen neue Möglichkeiten der Kommunikation, die auf eine erhöhte Partizipation des zuvor passiven Publikums hoffen lassen. Hier deuten sich neue Handlungsspielräume an, etwa durch umfassendere Informationen über Umweltprobleme. Zusätzlich ergeben sich neue öffentliche Kommunikationsformen, die von Informationsaustausch und Dialog bis hin zu Vernetzung und der Koordination kollektiven Handelns reichen. Vor allem im Zuge des „Web 2.0“ sind hier eine ganze Reihe von neuen Formaten entstanden, die sich explizit ökologischen bzw. nachhaltigen Thematiken widmen und interaktive Software-Angebote bereitstellen. Schaffen diese Formate neue Freiräume für emanzipatorische, partizipative Kommunikationspraktiken? Oder behindert die Vielfalt der Kommunikationsangebote womöglich die Entstehung kollektiven Handelns?

An diesem Spannungsfeld setzt dieser Beitrag an und es wird der Frage nachgegangen, welche Funktionen internetgestützte Kommunikationsformen für Partizipationsprozesse im Kontext einer Nachhaltigen Entwicklung übernehmen können. Dazu werden die Ergebnisse einer Bestandsaufnahme vorgestellt, die einen Überblick über aktuelle Formate in Deutschland liefern und die theoretisch-konzeptionell im Hinblick auf ihre Funktionen systematisiert werden. Der theoretische Rahmen speist sich dabei sowohl aus Konzepten der Kommunikationswissenschaft als auch der Partizipationsforschung.

3.2 „Online denken, lokal handeln.“ – Analyse der Internetnutzung verschiedener Akteursgruppen mit Bezug zu Erneuerbaren-Energie-Regionen in Deutschland.

Boris Woynowski (Universität Freiburg)

Die Restrukturierung der gegenwärtigen Energieversorgung aus fossilen und endlichen Ressourcen hin zu einer Selbstversorgung auf der Basis Erneuerbarer Energien, durch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und -einsparung, erfüllt eine Schlüsselstrategie beim Erreichen von Klimaschutzzielen für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung. Die Forschungsprojekte „EE-Regionen - Sozialökologie der Selbstversorgung“ und „100%-EE-Regionen“ folgen der These, dass die für eine Umsetzung dieser Energiewende notwendigen und nachhaltig erschließbaren Potentiale ohne regionales Engagement nicht vollständig realisiert werden können.

Aus diesem Grund erarbeiten beide Projekte Erfolgs- und Hemmnisfaktoren auf regionaler Ebene, um bereits aktive wie zukünftige Kommunen und Regionen bei dem Prozess der Umstellung auf Erneuerbare Energien, dem „lokal handeln“, fachlich zu begleiten und zu unterstützen. Dafür spielt die zielgruppengerechte Kommunikation von Wissen und Informationen an regionale Akteure und überregionale Interessensgruppen eine entscheidende Rolle. Zusätzlich zu der intraregionalen Vermittlung von Wissen und handlungsrelevanten Informationen an Akteure in bestehenden EE-Regionen, streben die Projekte daher eine inter- und transregionale Vernetzung von Regionen für die Verbreitung der „100%-EE-Ziele“ mittels Öffentlichkeitsarbeit und Umweltkommunikation an.

Die Verwendung klassischer Kommunikationsformen wie Publikationen, Veranstaltungen und persönlichen Beratungsangebote zur Wissensvermittlung wird bereits um Methoden der Onlinekommunikation ergänzt, welche innerhalb der vergangenen Jahre stark an Bedeutung und Funktionsvielfalt gewonnen haben. Allerdings bestehen gemäß der Vorstudie des Projektes „EE-Regionen“ Unsicherheiten hinsichtlich der Chancen und Risiken von Onlinekommunikation, sowie Unwissenheit über die Nutzung der im Internet bereitgestellten Informationen durch die verschiedenen Akteursgruppen, in- und außerhalb von EE-Regionen. Ziel dieser Diplomarbeit ist es erstmalig zu untersuchen, wie die Zielgruppen der Akteure vor Ort, sowie die an der Umsetzung des „100%-EE-Ziels“ interessierte Öffentlichkeit, die Potentiale des Internets im direkten Kontext der Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien nutzen und bewerten. Dazu werden mittels einer quantitativen Onlineumfrage etwa 800 von dem Projekt „100%-EE-Regionen“ identifizierte regionale und überregionale Akteure zu deren Nutzungsverhalten und Einstellungen befragt. Die Analyse dieser Daten ermöglicht es den derzeitigen Beitrag und die zukünftigen Potentiale von Onlinekommunikation, des „online denkens“, für die Wissensvermittlung und Verbreitung der „100%-EE-Ziele“, zu ermitteln.

Block 4: Klimawandel – Entscheidungsspielräume und -grenzen

4.1 Der medial vermittelte waldbezogene Klimadiskurs

Steffen Biller (Universität Freiburg)

Wälder spielen im Klimasystem eine zentrale Rolle. Sie haben Einfluss auf den Wasserkreislauf, die Strahlungs- (Albedo) und Stabilitätsverhältnisse sowie den atmosphärischen Kohlendioxidhaushalt. In umgekehrter Weise sind Waldökosysteme in ihrer Stabilität und Produktivität vom Klimawandel betroffen. Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Forstwirtschaft sind sich darüber einig, dass die Art der Landnutzung und -bewirtschaftung die atmosphärische Belastung mit Treibhausgasen beeinflusst. Konkrete Handlungsanweisungen lassen sich aus dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand zwar ableiten, führen aber zu Uneinigkeit. Aufgrund der ökosystemaren Komplexität sind sie immer mit einem hohen Maße an Unsicherheit verbunden, bedürfen der Interpretation und sind zudem schwer in einfachen Worten zu vermitteln. Da der Klimadiskurs aber eine breite öffentliche Resonanz genießt und zu großen Teilen in der Medienarena ausgetragen wird, sind die im Themenfeld agierenden Akteure in ihrer Argumentation zu einer verständlichen Vermittlung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit gezwungen. Durchsetzungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Argumente und Handlungen werden neben der fachlichen Argumentation erheblich durch ihr Informations- und Kommunikationsverhalten bestimmt.

Die vorliegende Arbeit untersucht den Verlauf des waldbezogenen Klimadiskurses anhand der in Deutschland überregional erscheinenden Qualitätszeitungen. Mittels einer wissenssoziologischen Diskursanalyse sollen die Artikel der Jahre 2001 und 2009 untersucht und miteinander verglichen werden. Die Analyse beschränkt sich dabei auf die Akteursgruppen, die der Forstwirtschaft und dem Naturschutz zuordenbar sind. Diese zählen zu den Hauptvertretern im Politikfeld Wald und sind an der Klärung der Frage, wie zukünftige mit dem Wald umgegangen werden soll, mit konträren Positionen entscheidend beteiligt. Es soll herausgearbeitet werden, welche Problemrahmungen, Interpretationsangebote und Lösungsansätze der Akteursgruppen medial rezipiert und kommuniziert werden. Anschließend stellt sich die Frage, wie die Argumentationsstruktur – für sich und zwischen den Akteuren – der Öffentlichkeit gegenüber begründet, vermittelt und aufgebaut wird. Ein besseres Verständnis der vermittelten Problemrealitäten, so die Arbeitsthese, kann der praxisorientierten Entscheidungsfindung insofern förderlich sein, als die unter dem Deckmantel des waldbezogenen Klimadiskurses verhandelte Kernproblematik wieder klarer hervortritt.

4.2 Klimawandelanpassung in drei deutschen Biosphärenreservaten – was hemmt und was unterstützt Entscheidungen pro Anpassung?

Martin Hirschnitz-Garbers (Universität Greifswald)

Aufgrund bereits sichtbarer Klimawandelauswirkungen und der Trägheit des Klimasystems erlangt das Konzept der Klimawandelanpassung zunehmend Bedeutung bei Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern. Eine erfolgreiche Anpassung setzt jedoch voraus, dass bestehende Normen, Überzeugungen und auch Verhaltensweisen in Frage gestellt und verändert werden. Eben das zu tun ist jedoch eine große Herausforderung und stellt eine wesentliche Barriere für Entscheidungen dar, ob eine Anpassung angegangen wird oder nicht.

Um solche Hemmnisse für eine Klimawandelanpassung zu untersuchen, wurden in drei deutschen Biosphärenreservaten (BR) mehr als 50 qualitative, leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt. Da BR als Modellregionen für nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen konzeptionalisiert sind, sind sie als Fallstudiengebiete für Fragen der Klimawandelvermeidung und -anpassung besonders geeignet. Im Rahmen der Fallstudien wurde die Klimawandelwahrnehmung als ein entscheidendes Hemmnis identifiziert, da sie die Bereitschaft der verschiedenen Akteure bestimmt, eine Anpassung zu unterstützen und vorzunehmen. Die Mehrheit der Befragten nahm den Klimawandel entweder als nicht handlungsrelevant wahr oder zumindest nicht als prioritär, da drängendere Probleme, wie z.B. die Finanzkrise oder der demographische Wandel das Thema Klimawandel von der Agenda verdrängen.

Darüber hinaus wurden auch bestehende Governance-Strukturen und Interaktionen als Beweggründe für eine Entscheidung pro oder contra Klimawandelanpassung benannt. Insbesondere ungenügende Kommunikationskanäle und fehlende Einbeziehung der verschiedenen Akteure hemmen hier die Unterstützung von Anpassungen – eine einseitig hoheitliche Vorgabe von Entscheidungen für eine Anpassung wurde nur begrenzt als probates Mittel für den Erfolg von Anpassung bewertet.

Aufbauend auf den empirischen Befunden wird dafür argumentiert, die Klimawandelanpassung in eine umfassende Nachhaltigkeitstransition einzubetten. Indem man die Klimawandelanpassung in andere Maßnahmenbereiche integriert, die eine gelebte Nachhaltigkeit erfordert, könnte die bestehende Klimawandel-Skepsis aufgelöst und Entscheidungen pro Klimawandelanpassung quasi „im Gepäck anderer Maßnahmen“ erleichtert werden. Darüber hinaus wird dafür plädiert, die identifizierten Governance- und Interaktionsmängel verstärkt weiter zu erforschen, denn sie bilden übergreifende Hemmnisse für eine Anpassung an den globalen Wandel – nicht nur mit Blick auf den Klimawandel.

Block 5: Wahrnehmung von und Beteiligung an Entscheidungen

5.1 Bewertung von Grüner Gentechnik: Die Rolle von Umweltfolgen & Verantwortung Manuel Thiel (Universität Göttingen)

In den vielfältigen Diskussionen um Grüne Gentechnik erscheint eines klar: die deutsche Bevölkerung ist diesem Anwendungsbereich der Gentechnologie gegenüber gänzlich ablehnend eingestellt. Eine differenzierende Betrachtung der Gründe findet sich jedoch nur selten. Zumeist wird eher pauschal bzw. sehr zielgruppenspezifisch eine Meinung zu Grüner Gentechnik erhoben. Ferner entstammen diese Meinungsbilder nur in wenigen Ausnahmefällen unabhängiger Forschung, den Großteil der Arbeiten bilden Auftragsstudien.

Kontrastierend zu diesem Hintergrund ermöglichen die Ergebnisse einer eigenen empirischen Arbeit detaillierte Aussagen zur Bewertung der Grünen Gentechnik aus Bevölkerungssicht. Im Rahmen einer im Jahr 2008 bundesweit durchgeführten Befragung wurden vor allem die Aspekte Wissen, Risikowahrnehmung, Umweltfolgen und Gesundheitswirkungen, sowie Vertrauen in und Verantwortung von Staat und Produzenten bei Grüner Gentechnik erhoben. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse die kritische Haltung der Öffentlichkeit, zeigen aber auch ein differenziertes Bild. So fühlen sich beispielsweise rund 2/3 der Bevölkerung nur unzureichend über das Thema informiert und wissen trotz Informationswunsch nicht, woher sie verlässliche Auskünfte beziehen können. Damit erklärt sich z.T. auch das mangelnde Wissen zu Regelungen bei Grüner Gentechnik. Lediglich 20% der Befragten konnten alle Wissensfragen korrekt beantworten. Diese Unsicherheiten bestimmen auch die weiteren Einstellungen zu dieser Technik. Die Befragten befürchten insbesondere negative Folgen und Auswirkungen für die Natur und Umwelt, sowie die eigene Gesundheit durch den Verzehr bzw. Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Potentiell positive Effekte werden nur von einem geringen Teil der Bevölkerung gesehen. Wenngleich einzelne Aspekte, wie eine mögliche Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln differenziert betrachtet und von mehr als der Hälfte der Stichprobe erwartet werden, führt dies aber nicht zu einer positiveren Bewertung anderer Bereiche. Insgesamt wird Grüne Gentechnik als risikoträchtig und unsicher gesehen, wobei neben einer grundsätzlichen Ablehnung vor allem die Bewertung der Umweltfolgen die Einstellungen determiniert. Der Großteil der Bevölkerung sieht vor allem den Staat und die Hersteller in der Pflicht, für sowohl adäquate Kontrollen und Sicherstellung der Lebensmittelversorgung mit gentechnikfreien Produkten zu sorgen, als auch die Natur vor negativen Auswirkungen zu schützen. Dabei ist das Vertrauen bei diesen Aufgaben gegenüber dem Staat deutlich höher ausgeprägt. Die Möglichkeit oder Notwendigkeit eines eigenen Beitrags, z.B. in Form des Kaufverhaltens, ist deutlich schwächer ausgeprägt als die Verantwortungszuschreibung an Staat und Produzenten.

5.2 Partizipation an der Gestaltung von Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen

Kristin Nicolaus (Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, Müncheberg)

Umwelt zu sichern, um sie für den Menschen als Lebensgrundlage zu erhalten ist zu einem Kernthema unserer Zeit geworden. Dennoch verbleiben Schwierigkeiten, Regelungen für den Erhalt von Umwelt verbindlich einzuführen und umzusetzen. Mit dem Konzept der Ecosystem Services sollte ein neues Bewusstsein für die Eigenschaften der Umwelt geschaffen werden, die der Mensch nutzt und als Lebensgrundlage benötigt. Dabei werden Teilbereiche der Umwelt aus dem Gesamtsystem herausgezogen und in Wert gesetzt, um so die Wichtigkeit ihres Erhaltes aufzuzeigen und zu unterstreichen.

Darauf aufbauend wurde ein System des Zahlungsaustausches für den Erhalt solcher Umwelteigenschaften entwickelt, sogenannte Payments for Ecosystem Services (PES). Diese finanziellen Honorierungen sollen Anreize bieten, Umwelt- und Natur zu erhalten oder einen erwünschten Zustand wieder herzustellen. Sie bringen aber auch Schwierigkeiten und Kritikpunkte mit sich. Die Kritik an den Payments for Ecosystem Services bezieht sich weitestgehend auf die ausschließliche Betrachtung der Effektivität und der Effizienz des Instrumentes, wodurch soziale Abhängigkeiten und Machtasymmetrien, die das Konzept der PES stützen, verdeckt bleiben².

An diesem Punkt setzt die Forschungsarbeit an und untersucht Beteiligungsmöglichkeiten und -formen an der Gestaltung der PES. Dabei stützt sie sich auf die Idee deliberativer Beteiligungsverfahren für die gemeinsame Gestaltung, wodurch die Chance eröffnet werden soll, korrigierend auf Machtasymmetrien einzuwirken.

Der Vortrag soll einen Überblick zur Idee und zum Konzept der Forschungsarbeit geben und vertiefend auf Theorien deliberativer Demokratie und deren Bedeutung für die Gestaltung von Umwelt eingehen.

² Vgl. Kosoy, N./ Corberra, E. (2010): Payments for Ecosystem Services as commodity fetishism, in: *Ecological Economics* 69(6), S. 1233.